

Bewerbung LuSt-Referat

Studierbarkeit

Das wohl wichtigste Feld der kommenden Jahres wird das Thema Studierbarkeit werden. Dabei wird weiterhin die vor einem Jahr vorgestellte Studie (www.studierbarkeit.de) in die politische Arbeit einbezogen werden müssen. Sie gibt uns ein adäquates Mittel in die Hand, wenigstens etwas für die Studierbarkeit an dieser Universität zu tun. So brennt es - nicht zuletzt durch die immer weiter voranschreitende Kommerzialisierung der Bildung in Verbindung mit der Einführung des BA/MA Systems an allen Ecken und Enden (z.B. Problematik aktive Teilnahme, Anwesenheitspflicht und - listen usw. - Die Liste lässt sich fast unendlich fortsetzen – leider!). Um dem zumindest ansatzweise Einhalt zu gebieten wird auch auf die gestaltende(!) Mitarbeit in der AG Studierbarkeit des AS gesetzt. Diese kann schon erste Erfolge vorweisen, indem der Vertrauensschutz zwar generell nicht verlängert wird, ein Studienabschluss der alten Studiengänge jedoch durch Äquivalenzlisten erreicht werden kann. Dazu auf Nachfrage mehr.

Um diese und andere Themen (Zwangsberatung, aktive Teilnahme, Betrugsversuch, Vertrauensschutz, Teilzeitstudium usw.) aus den universitären Gremien in die Studierendenschaft hinein zu tragen, soll weiterhin der publizistische Weg beschritten werden. So sollen auch weiterhin (aktuelle) Beiträge auf der Referats-Homepage, im Studkal, der Huch, Unaufgefordert usw. veröffentlicht werden. Auch hier sollen zu bestimmten interessanten Themen die außeruniversitäre Presse einbezogen werden.

Es werden auf der Homepage verstärkt Texte publiziert, welche die Studierenden über ihre Rechte bezüglich der oben erwähnten Themen sowie ungewollte Exmatrikulation, Repressionen während des Studiums, Mobbing usw. aufklärt, da es hier immer wieder durch Unwissenheit zu teils gravierenden Folgen für das Studium kommt.

Außerdem wird es in Zukunft zu deutlich mehr Problemen bei der Zwangsberatung kommen, da hier mittlerweile Auflagen erteilt werden können. Dies wird unweigerlich dazu führen, dass Studierende wegen dieser Auflagen exmatrikuliert werden. Hier wird versucht im Rahmen eines Gerichtsprozesses gegen die Erteilung von Auflagen vorzugehen. Der politische Weg ist hier leider vorerst ausgeschöpft und aussichtslos.

Weiterhin wird vom Präsidium eine neue Allgemeine Satzung für Studien und Prüfungsangelegenheiten (ASSP) vorbereitet. Hier wird – entgegen allen Beteuerungen – gerade im Bereich der repressiven Mittel (Zwangsberatung, Vertrauensschutz, Exmatrikulation, Anwesenheitskontrollen usw.) zu weiteren Verschärfungen kommen. Dies gilt es durch eine mehrgliedrige Strategie(politisch, öffentlich, notfalls juristisch!) zu verhindern, um so die Freiheiten beim Studieren wieder auszubauen.

LSK (Kommission für Lehre und Studium)

In der LSK werden die Themen Lehre und Studium behandelt. Hier ist es wichtig anwesend zu sein und den Entstehungsprozess neuer Studiengänge kritisch zu begleiten, um für die Studierenden ein Mindestmaß an Studierbarkeit zu ermöglichen. Hier sollen auch immer wieder auf Missstände inner- und außerhalb der Universität hingewiesen werden. Hier wird auch die neu zu gestaltende ASSP (siehe oben) verhandelt.

Einklageberatung

Die Einklageberatung wird gerade in den Sommerferien von SchülerInnen genutzt, die durch die restriktiven Zulassungsbedingungen nicht ihr Wunschstudium aufnehmen können. Für viele von

ihnen ist das LuSt-Referat der erste – nicht zuletzt durch unsere Informationsverteilung bis in die Klassen hinein - und meist auch einzige Ansprechpartner in diesen Dingen. Hier haben wir in Zusammenarbeit mit unseren Anwälten eine sehr hohe Erfolgsquote, da nahezu alle von uns betreuten Studierwilligen auch in ihren Wunschstudien untergebracht werden konnten.

Obwohl wir hier recht erfolgreich sind, wissen immer noch viel zu wenige Studierwillige von unserem Beratungsangebot und werden von den von der HU verursachten Kosten (HU beschäftigt ohne Zwang externe Anwälte, welche ca. 1000€ zusätzlich kosten) vom Klagen abgeschreckt. Deshalb wird eine weitere Bekanntmachung angestrebt. Dies soll unter anderem durch eine engere Zusammenarbeit mit den SchülerInnenvertretungen und Medien stattfinden. Außerdem soll unsere Homepage noch weiter überarbeitet werden, so dass Infos besser ersichtlich sind. Weiterhin soll die in den letzten drei Jahren stattgefundene Einklageveranstaltung für SchülerInnen (mit bis zu 200 TeilnehmerInnen) weiterhin stattfinden.

In diesem Rahmen wird die Betreuung der EinklägerInnen auch über die Einklagephase sichergestellt, so dass Rechtsbrüche von Seiten der HU wie bei der Grundschulpädagogik vermieden werden können. (Näheres auf Anfrage.)

Ein spannendes Thema diesbezüglich wird auch das Einklagen auf den Master werden. Dieses soll auch Teil der Beratung werden, auch wenn im kommenden Jahr von einem geringen Beratungsaufwand auszugehen ist, da viele Studierende die Regelstudienzeit der BA-Studiengänge nicht einhalten konnten und sich damit noch nicht für einen Master qualifiziert haben. Wir werden dafür kämpfen, dass allen BA-Studierenden der Übergang in den Master ermöglicht wird!

Wir werden eine Verfassungsbeschwerde begleiten, welche Refrat und AStA FU angestrengt haben. Die Hochschulen, wie auch das VG und OVG sind der Meinung, dass die Kapazitätsberechnung einer Hochschule nicht mehr gerichtlich überprüfbar ist, sobald ein ähnlich klingender Studiengang irgendwo in der BRD zulassungsfrei angeboten wird, da so das Rechtsschutzbedürfnis der/des KlägerIn wegfallen. Sollte der Beschluss Bestand haben, hieße das, dass die Einklage an allen Hochschulen in Berlin und Brandenburg extrem schwierig werden würde, da gebührenpflichtige Studienplätze in Süd- und Westdeutschland (außer vielleicht Hessen) meist zulassungsfrei sind. Näheres auf Nachfrage!

Wehrpflichtberatung

Wie auch in den vergangenen Jahren soll dieses Angebot weiterbestehen. Die Zusammenarbeit mit der Kampagne gegen Wehrpflicht soll fortgesetzt werden. Im Wintersemester soll es hierzu wieder eine Infoveranstaltung für Studis geben. Das Interesse von Seiten der Studenten an dieser Beratung ist konstant hoch.

Der Blick nach „draußen“

Die HU ist kein Paralleluniversum, das außerhalb von Raum und Zeit existiert, auch wenn das konservative VertreterInnen immer wieder behaupten. Der Verfassten Studierendenschaft steht das Recht zu, sich „allgemein“-politisch zu äußern und zu wirken. Warum soll sich die Studierendenschaft zu Themen wie Globalisierung, Rassismus und Nationalismus nur verhalten können, wenn sie auf dem Campus stattfinden?

Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass Schweinereien auch von der Verfassten Studierendenschaft thematisiert werden können. Beispiel könnten hier die immer weiter zurückgedrängten Freiräume in Berlin sein. Erst vor zwei Wochen räumte die Berliner Polizei gewaltsam ein von GenossInnen besetztes Haus, das zuvor über 10 Jahre leer gestanden hatte. Dabei wurden DemonstrantInnen und Grundrechte geschlagen und mit Füßen getreten.

Strukturelle Aufgaben sollen auch weiterhin wahrgenommen werden.

Für weitere Anregungen, Vorschläge, Fragen aber auch Kritik sind wir offen.